25. Oktober 2018 - 70 Jahre nach der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: "Menschenrechtspolitik in der Krise? Wege zu einer neuen Offensive"

70 Jahre nach der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:

"Menschenrechtspolitik in der Krise? Wege zu einer neuen Offensive"

Der im Juni erklärte Rückzug der USA aus dem UN-Menschenrechtsrat beleuchtet schlagartig, in welch schwieriger Verfassung sich die internationale Menschenrechtspolitik 70 Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) befindet. Internationale staatliche Institutionen, wie die Vereinten Nationen, der Europarat oder die Europäische Union, die dem Anliegen der Menschenrechte institutionelle Rückendeckung geben sollten, erleben derzeit massive Einbußen an Reputation und Durchschlagskraft. Autokratische Regierungen in Russland, China oder in der Türkei setzen derweilen ihre autoritäre Herrschaft immer stärker durch, und selbst etablierte Demokratien drohen ihre innere Liberalität zu verlieren. Welche Auswege gibt es aus diesem Krisenszenario? Brauchen wir neue menschenrechtspolitische Akteure? Müssen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International ihre Strategien ändern? Welche Rolle kommt der Bildung in diesem Zusammenhang zu? Heiner Bielefeldt, zuletzt UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit (2010-2016) plädiert dafür, die aktuelle Krise sehr ernst zu nehmen, gleichzeitig aber den Mut nicht sinken zu lassen. Eine neue Offensive in Sachen Menschenrechten ist nötig, aber auch möglich.

Vita Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt

- · Professor, Lehrstuhlinhaber
- · Organisation: Institut für Politische Wissenschaft
- · Abteilung: Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik (Prof. Dr. Bielefeldt)